



Franz Wagner
Präsident des Deutschen Pflegerats

Editorial

Profession Pflege an erste Stelle setzen

Die Bundestagswahl ist gelaufen. Jetzt beginnen die Koalitionsverhandlungen. Und in diesen muss eines klar sein: Beim Thema Gesundheit und Pflege müssen die professionell Pflegenden an die erste Stelle gesetzt werden. Es dürfen nicht wieder Leistungen in Gesetzen oder Verordnungen seitens des Gesetzgebers versprochen und verkündet werden, bei den nachher nicht klar ist, ob und in welcher Qualität das dafür notwendige Pflegepersonal tatsächlich vorhanden ist.

Die Spitzen des Dreiecks aus „zu wenig Personal, zu viel Belastung und einer schlechten Bezahlung“ müssen enger zusammenrücken. Denn ansonsten drohen die Gewährleistung einer hochwertigen Qualität der pflegerischen Versorgung und die Patientensicherheit endgültig auseinandergerissen zu werden. Das wäre keine gute Basis, unter der wir uns die Pflege der Zukunft vorstellen.

Der zentrale Ansatzpunkt heißt: „Ohne Pflegefachpersonen keine Pflege“. Für die Politik bedeutet dies, in Gesetzgebungsverfahren zum Pflege- und Gesundheitsbereich die Frage nach dem vorhandenen Pflegepersonal zu beantworten. Benötigt wird daher für die Pflege im Gesetzesentwurf neben der Kostenfolgeabschätzung auch eine Personalfolgeabschätzung. Es gilt, auch das große Potential zu heben, das noch darin verborgen ist, dass wir in der beruflichen Pflege bislang eine hohe Teilzeitquote haben. Außerdem müssen wir die Kollegen zurückgewinnen, die wegen der schlechten Arbeitsbedingungen aus der Pflege „geflüchtet“ sind. Dazu muss dringend die Attraktivität des Berufes gesteigert werden.

Franz Wagner
Präsident des Deutschen Pflegerats



In Kooperation mit

Heilberufe
Das Pflegemagazin

IM FOCUS

Der Berliner Pflege geht das Personal aus

Die Personalsituation in der ambulanten Pflege in Berlin ist dramatisch. Viele ambulante Pflegedienste müssen wegen fehlendem Pflegepersonal Kunden abweisen. Es herrscht bereits heute ein Pflegenotstand. Die davon betroffenen Patienten bleiben im schlimmsten Fall unversorgt.

Fakt ist, dass es für pflegebedürftige Menschen und deren Angehörige immer schwerer wird, einen Pflegedienst zu finden, der sie in der Pflege und Betreuung entlastet. Das führt zu einer angespannten Versorgungssituation, die in den nächsten Jahren noch deutlich zunehmen wird. Der pflegerische Sicherstellungsauftrag der Pflege- und Krankenkassen ist somit massiv gefährdet.

Der Lösungsansatz kann nur darin liegen, alles daran zu setzen, die Rahmenbedingungen für die Pflege tatsächlich gewaltig zu verbessern. Bloße Lippenbekenntnisse für eine bessere Pflege bringen uns nicht weiter.

In einem ersten Schritt muss zusätzliches Geld der Pflege- und Krankenkassen direkt in die Lohnkosten investiert werden. Denn die deutliche Anhebung der Gehälter ist ein großer Anreiz für das Pflegepersonal in der ambulanten Pflege, um mit den wesentlich höheren Gehältern in den Kliniken mithalten zu können. Endlich ein Ende haben muss das jahrelange Kaputtsparen der ambulanten Pflege durch die Kostenträger. Dieses ist zu Lasten des Personals, der Patienten und deren Angehörigen gegangen. Dabei ist Ehrlichkeit auf allen Seiten gefragt.

Thomas Meißner

Vorstandsmitglied des Anbieterverbandes qualitätsorientierter Gesundheitspflegeeinrichtungen e. V. (AVG)

Franz Wagner ist neuer Präsident des Deutschen Pflegerats

Weichen für die Profession Pflege müssen gestellt werden

Der Deutsche Pflegerat hat mit Franz Wagner einen neuen Präsidenten. Gewählt wurde er am 15. September 2017 für die kommenden vier Jahre von der Ratsversammlung des Deutschen Pflegerats e. V. (DPR). Der bisherige Präsident, Andreas Westerfellhaus, konnte sich satzungsgemäß nicht mehr zur Wahl stellen.

In dieser Ausgabe der PflegePositionen stellen wir den neuen Präsidenten des Deutschen Pflegerats vor. In der nächsten Ausgabe werden wir über die Ratssitzung, in der auch die Vizepräsidenten sowie die Präsidiumsmitglieder neu gewählt wurden, ausführlich berichten.

Gut vernetzt

Franz Wagner ist als neuer DPR-Präsident wahrlich kein Unbekannter. Er

steht, wie kaum ein anderer Akteur der Pflege, für die Anerkennung und die Mitsprache der Profession Pflege. Diese sieht er als zentrale Leistungsträger im Gesundheitswesen und in der Pflege an.

Als langjähriger Vize-Präsident des DPR und als Bundesgeschäftsführer des Deutschen Berufsverbandes für Pflegeberufe (DBfK) sowie aufgrund seiner Erfahrungen auf internationaler Ebene, bringt Wagner die Kenntnis und das

wichtige Gespür für alle Belange der professionell Pflegenden mit. Hinzu kommt sein wichtiges Know-how für das politische Berlin, in dem er sehr gut vernetzt ist. Er kennt die Themen und die wichtigen Akteure, was für seine künftige Arbeit als Präsident des Deutschen Pflegerats von hoher Bedeutung ist.

Hohe Kompetenz

Diese Kompetenzen will Wagner für den Deutschen Pflegerat als Präsident einsetzen. Er selbst weiß, dass in den nächsten Jahren entscheidende Weichen für die Profession Pflege gesetzt werden müssen. Die sich dabei ergebenden Chancen gelte es zu nutzen, so der neue Präsident des Deutschen Pflegerats, Franz Wagner. Herzlichen Glückwunsch zur Wahl!

FRANZ WAGNER: VITA UND MITGLIEDSCHAFTEN

Berufsausbildung:

- Gesundheits- und Krankenpfleger 1979

Weiterbildung/Studium:

- Weiterbildung Intensivpflege
- Weiterbildung Stationsleitung
- Weiterbildung Lehrer für Pflegeberufe
- Master-Studium Pflege- und Gesundheitswissenschaften

Berufstätigkeit:

- Krankenpfleger in den Bereichen Psychiatrie und Intensivpflege
- Lehrer für Pflegeberufe, QM-Beauftragter, stv. Schulleiter
- Direktor des Instituts für Pflegeforschung am Klinikum Nürnberg
- Bundesgeschäftsführer Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK) e.V.

Arbeitsschwerpunkte:

- Pflegebildung
- EU und Internationales
- Selbstverwaltung
- Pflege- und Gesundheitspolitik
- Qualitätsmanagement

Gremientätigkeit:

- Vize-Präsident Deutscher Pflegerat von 2006-2017
- 1. Vize-Präsident ICN 2005-2009
- Vertreter des DBfK bei EFN, ICN, EFNMA
- Vorsitzender Kuratorium Stiftung Zentrum für Qualität
- Commission on Magnet bei ANCC seit 2010 u.a.m.



Franz Wagner

BMFSFJ und BMAS starten Initiative

„Aktionsprogramm zur Aufwertung sozialer Berufe“

Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Katarina Barley und die Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Andrea Nahles, haben im Verbund mit der Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz, Malu Dreyer, das „Aktionsprogramm zur Aufwertung sozialer Berufe“ vorgestellt. Im Untertitel hierzu heißt es: „Die Gesundheits- und Sozialberufe verdienen eine ehrliche gesellschaftliche Anerkennung“.

Der Deutsche Pflegerat e. V. (DPR) begrüßt diese Initiative und unterstützt die Punkte des Aktionsprogramms, welches die Verbesserungen der Arbeitsbedingungen in der Pflege in den Mittelpunkt stellt. Das ist ein wesentlicher Baustein für eine höhere Attraktivität der Pflegeberufe. Jedoch: Den Worten müssen nun auch Taten folgen.

Mehr Pflegepersonal gegen die Überlastung

Einer der wesentlichsten Punkte ist dabei, neben der dringend gebotenen Verbesserung der Löhne im Gesundheits- und Sozialwesen, die Festlegung von Personalschlüssel für die Pflege in Krankenhäusern sowie die Verbesserung der Personalschlüssel im Bereich der Pflegeeinrichtungen. Denn die an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Pflege gestellten seit Jahren steigenden Anforderungen müssen auf mehr Schultern verteilt werden. Zudem muss klar festgehalten werden, mit welchem Personal und mit welcher Qualität die geforderten Leistungen erbracht werden sollen.

Das ist eine der dringendsten Anerkennungen, die wir den Beschäftigten geben können. Hierfür müssen alle gesetzlichen Möglichkeiten ausgeschöpft werden. Gleichzeitig muss die Refinanzierung als auch die personelle Flexibilität gewährleistet sein.

Wir brauchen dringend mehr Pflegepersonal in den Einrichtungen, sonst überlasten wir auf Dauer die engagierten Mitarbeiter. Wir müssen dafür sorgen, dass die beruflich Pflegenden ihren Beruf dauerhaft und gerne ausüben können und nicht durch schlechte Arbeitsbedingungen aus dem Beruf getrieben werden. Eine Verbesserung der Arbeitsbedin-

gungen sorgt auch für eine höhere Attraktivität des Berufes. Die in dem Aktionsprogramm verankerten Themen Nachwuchsgewinnung und die Weiterentwicklung der Fachkräftebasis sind dabei zentrale Themen. Richtig ist, dass die Pflegeausbildung im Zuge des Pflegeberufereformgesetzes gebührenfrei wird. Mit dem Pflegeberufereformgesetz wurden insgesamt gute Optionen geschaffen, die im engen Austausch mit den Vertretern der beruflich Pflegenden nunmehr ausgestaltet werden müssen.

Kammern werten soziale Berufe auf

Zur notwendigen „Aufwertung der sozialen Berufe“ gehört jedoch auch, dass die

„Stimme“ der sozialen Berufe im politischen und gesellschaftlichen Kontext stärker wahrgenommen, ernstgenommen und nicht übergangen wird. Die beruflich Pflegenden sind hier mit ihren Initiativen für Pflegekammern auf dem richtigen Weg. Wir brauchen Pflegekammern in allen Bundesländern. Nur so kann eine gute Pflege auf Dauer sichergestellt werden.

Gefordert sind auch die Arbeitgeber und Kostenträger

Gefordert sind jedoch auch die Arbeitgeber. Sie müssen unter anderem durch eine gute Führung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dafür sorgen, dass die Arbeitszufriedenheit bestärkt und Berufsausstiege vermieden werden. Hierzu gilt es auch gute Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu schaffen. Letztlich entscheidend ist zudem die Sicherung der Refinanzierung der Leistungen. Dieser Verantwortung können sich die Kostenträger seitens der Pflege- und Krankenkassen sowie der Sozialhilfeträger nicht entziehen.

www.bmfsfj.de; www.bmas.de

Finger weg von der Fachkraftquote in stationären Pflegeeinrichtungen

Aktuellen Bestrebungen auf Bundesebene, die Fachkraftquote in stationären Pflegeeinrichtungen zu flexibilisieren, hat der Deutsche Pflegerat e. V. (DPR) eine Absage erteilt: „Finger weg von der Fachkraftquote in stationären Pflegeeinrichtungen“, hieß es hierzu in einer Pressemitteilung des DPR.

Im Mittelpunkt dürfe nicht die Flexibilisierung des Personaleinsatzes für die Einrichtungsbetreiber stehen, wie es in einem Vorschlag hieß. Das ist der falsche Ansatz. Im Mittelpunkt muss die Patientensicherheit stehen.

Dies kann nur bedeuten, dass die seit Mitte der Neunzigerjahre unverändert geltende Fachkraftquote nach oben angepasst werden muss. An der bisherigen Grundlage für die 50-prozentige Fachkraftquote kann nicht mehr festgehalten werden. Sowohl die Anzahl der in den Einrichtungen insgesamt der Hilfe bedürftigen Pflegebedürftigen als auch der zu leistende, qualifizierte Pflegebedarf sind stark angestiegen. Ursache hierfür sind Hochaltrigkeit, Multimorbidität und mehr Pflegeleistungen, bedingt durch die Pflegestärkungsgesetze und den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff.

Der Deutsche Pflegerat fordert daher die Ermittlung und Einführung einer an dem gestiegenen Pflegebedarf ausgerichteten Fachkraftquote. Dies muss mit Bestandteil des vom Bundesgesetzgeber bis zum Jahr 2020 geforderten Personalbemessungssystems sein. Gleichzeitig muss damit klar und deutlich festgelegt werden, mit welchem Personal und mit welcher Qualität die vom Gesetzgeber geforderten Leistungen erbracht werden sollen.

www.deutscher-pflegerat.de

AUS DEN VERBÄNDEN

Mehr Arbeitsplatzqualität

Das Statistische Bundesamt ist dem Thema „Qualität der Arbeit“ nachgegangen. Vorgelegt wurde jetzt der Datenreport „Qualität der Arbeit: Geld verdienen und was sonst noch zählt“.

Eine Verbesserung der Arbeitsplatzqualität in den Pflegeberufen ist längst überfällig, mahnt hierzu der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe e. V. (DBfK) an: Die Arbeitsbedingungen für professionell Pflegende sind in Deutschland seit Jahren inakzeptabel. Im Ergebnis werde dadurch der bestehende Fachkräftemangel in der Branche weiter verschärft. Um gut ausgebildete Pflegefachpersonen im Unternehmen und im Beruf halten zu können, müssen sich die Rahmenbedingungen für die professionell Pflegenden verbessern. Die Verantwortlichen in Politik und Betrieben müssen begreifen, wie attraktive Arbeitsplätze heute aussehen müssen. Dazu gilt es vor allem zum einen, die Pflegearbeit auf mehr Schultern zu verteilen.

Zum anderen spielen in Zeiten eines Fachkräftemangels jedoch auch die „weichen“ Faktoren eine immer größere Rolle. Pflegefachpersonen erwarten gute Teamarbeit, spürbare Anerkennung ihrer Kompetenz und Leistung, weitgehende Autonomie, Mitbestimmung, ein Gleichgewicht zwischen Arbeitsanfall und den verfügbaren Zeitressourcen, berufliche Entwicklungschancen und vor allem eine gute Work-Life-Balance.

Wer das nicht bietet, so der DBfK, kann nur noch auf ein Übermaß an Loyalität und die Leidensbereitschaft seiner Belegschaft hoffen. Aber auch die haben Grenzen.

www.dbfk.de, www.destatis.de

Impressum

Herausgeber: Deutscher Pflegerat (DPR) Bundesarbeitsgemeinschaft Pflege- und Hebammenwesen

Inhalt: Franz Wagner (verantwortlich)
Alt-Moabit 91, 10559 Berlin
(„Haus der Gesundheitsberufe“)
Tel.: 030 398 77 303; Fax 030 398 77 304
www.deutscher-pflegerat.de

„PflegePositionen“ – Der offizielle Newsletter des DPR erscheint in Kooperation mit HEILBERUFE – Das Pflegemagazin.

Verlag: Springer Medizin Verlag GmbH
Heidelberger Platz 3, 14197 Berlin
Tel.: 030 827875500, Fax: 030 827875505

Director Professional Care: Falk H. Miekley

Chefredakteurin: Katja Kupfer-Geißler
Heidelberger Platz 3, 14197 Berlin
Tel.: 030 82787 5500, Fax: 030 82787 5505
www.heilberufe.de

Gründungskonferenz beschlossen

Bundespflegekammer kommt

Der Deutsche Pflegerat e. V. (DPR) hat die Errichtung einer Gründungskonferenz für eine Bundespflegekammer gemeinschaftlich mit der Landespflegekammer Rheinland-Pfalz beschlossen. Damit ist der Startschuss für eine gemeinsame und einheitliche Selbstverwaltung aller professionellen Pflegeberufe auf Bundesebene gefallen.

Die Gründungskonferenz wird die Aufgabe haben, innerhalb eines Jahres alle Vorbereitungen zu treffen, um eine Bundespflegekammer als gemeinsames Dach der bereits existierenden Landespflegekammer Rheinland-Pfalz und weiterer Kammern der Pflegeberufe zu bilden. Initiativen für Landespflegekammern gibt es derzeit in Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg – jeweils in unterschiedlichen Stadien.

Starkes Signal an die Bundespolitik

Mit dem nun gefassten Beschluss wurde ein berufspolitischer Meilenstein für die Selbstverwaltung der professionell Pflegenden geschaffen. Dies ist insbesondere auch ein starkes Signal an die Bundespolitik für die neue Legislaturperiode.

Getragen werden soll die Bundespflegekammer von den Landespflegekammern, in denen alle Pflegefachpersonen eines Bundeslandes persönlich Mitglied sind. Organisationen, die keine echte, unabhängige und umfassende Selbstverwaltung sind, wie dies bei der Vereinigung der Pflegenden in Bayern der Fall ist, können nicht Mitglied der Bundespflegekammer werden.

Interessenvertretung professionell Pflegenden schaffen

Aufgabe der Bundespflegekammer soll es sein, eine starke und gemeinsame Interessenvertretung aller professionellen

Pflegekräfte zu schaffen und damit zentraler Ansprechpartner der Politik und des Gesetzgebers zu werden. Ferner wird die Bundespflegekammer eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit anderen Selbstverwaltungsorganen anstreben.

Berufsbilder in der Pflege weiter entwickeln

Ein Ziel der Pflegekammern ist es, die Berufsbilder in der Pflege entsprechend dem wissenschaftlichen Fortschritt und dem sich wandelnden Bedarf einer alternden Gesellschaft weiterzuentwickeln und die Qualität der Berufsausübung zu sichern. Aufgabe der Bundespflegekammer ist es, in einer föderalen Struktur dafür gemeinsame Prinzipien zu entwickeln. Daneben soll die Bundespflegekammer auch dazu beitragen, dass bald in allen Bundesländern unabhängige Landespflegekammern etabliert werden.

Die Gründungskonferenz hat nun das Ziel, innerhalb der nächsten Monate alle organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen, um die Bundespflegekammer arbeitsfähig zu machen.

www.deutscher-pflegerat.de